

AMNESTY

DAS MAGAZIN ÜBER MENSCHEN
UND IHRE RECHTE

AUSGABE — 2 / 2017

ES BEGINNT HIER

UNTER DRUCK

Wie Regierungen gegen Menschen-
rechtsverteidiger*innen vorgehen

SEITE AN SEITE

Wie wir uns für eine starke Zivil-
gesellschaft einsetzen

UND, WEN WÄHLST DU?

Wie Menschenrechte im Wahlkampf
zum Thema werden

www.amnesty.at

AMNESTY
INTERNATIONAL



“Die Achtung der Würde des Einzelnen ist die natürliche Quelle jedes Gerechtigkeitsempfindens.

Liu Xiaobo, Menschenrechtsverteidiger (1955-2017)

Coverbild:
Amnesty-Protest für die
Verhafteten in der Türkei
vor der EU-Kommission
in Brüssel.
© Amnesty International /
Richard Burton



[www.facebook.com/
AmnestyOesterreich](https://www.facebook.com/AmnestyOesterreich)



[www.twitter.com/
AmnestyAustria](https://www.twitter.com/AmnestyAustria)



[www.instagram.com/
AmnestyAustria](https://www.instagram.com/AmnestyAustria)



www.amnesty.at



[www.amnesty.at/
jetzt-spenden](https://www.amnesty.at/jetzt-spenden)

IMPRESSUM

Medieninhaber, Verleger, Herausgeber Amnesty International Österreich **An-schrift** 1150 Wien, Moeringgasse 10/1. Stock **Tel.** (01) 78 008 **E-Mail** office@amnesty.at **Chefredaktion** Martina Powell **Grafik** TEAM/www.thisisteam.com **Autor*innen** Christina Antipa, Hannah El-Hitami, Ulrike Hofstätter, Ramin Nowzad, Heinz Patzelt, Florentine Schennach, Annemarie Schlack, Gesine Schmidt-Schmiedbauer, Tuula Sulkakoski-Schaller **Lektorat** Renate Messenböck **Druck** Becker Mail, Wien **Vereinsregister** ZVR 407408993 **Offenlegung gem §25 MedienG** siehe www.amnesty.at/impressum

IM BILD

Am 20. September setzten über 1.000 Musiker*innen mit „Give A Home“ weltweit ein Zeichen der Solidarität für Geflüchtete. Auch in Wien fand ein Wohnzimmerkonzert statt.

© Sofar Sounds

INHALT

04 KURZMELDUNGEN

Gute Nachrichten aus der Amnesty-Welt

06 COVERSTORY

NGOs und Menschenrechtsverteidiger*innen stehen weltweit unter Druck

12 INTERVIEW

Áron Demeter über das neue NGO-Gesetz in Ungarn

14 PROTOKOLL

Die wichtigsten Fakten über die Verhaftungen in der Türkei

16 PANORAMA

In Venezuela herrscht seit Monaten der Ausnahmezustand

18 KOMMENTAR

Nationalratswahl 2017: Heinz Patzelt über Menschenrechte als Wahlkampfthema

19 QUIZ

Wahlkampfthemen im Check: Kennst du die Amnesty-Position?

20 TERMINE & ANKÜNDIGUNGEN

Herbstprogramm der Amnesty Academy und Neues aus dem Fundraising

22 JETZT HANDELN

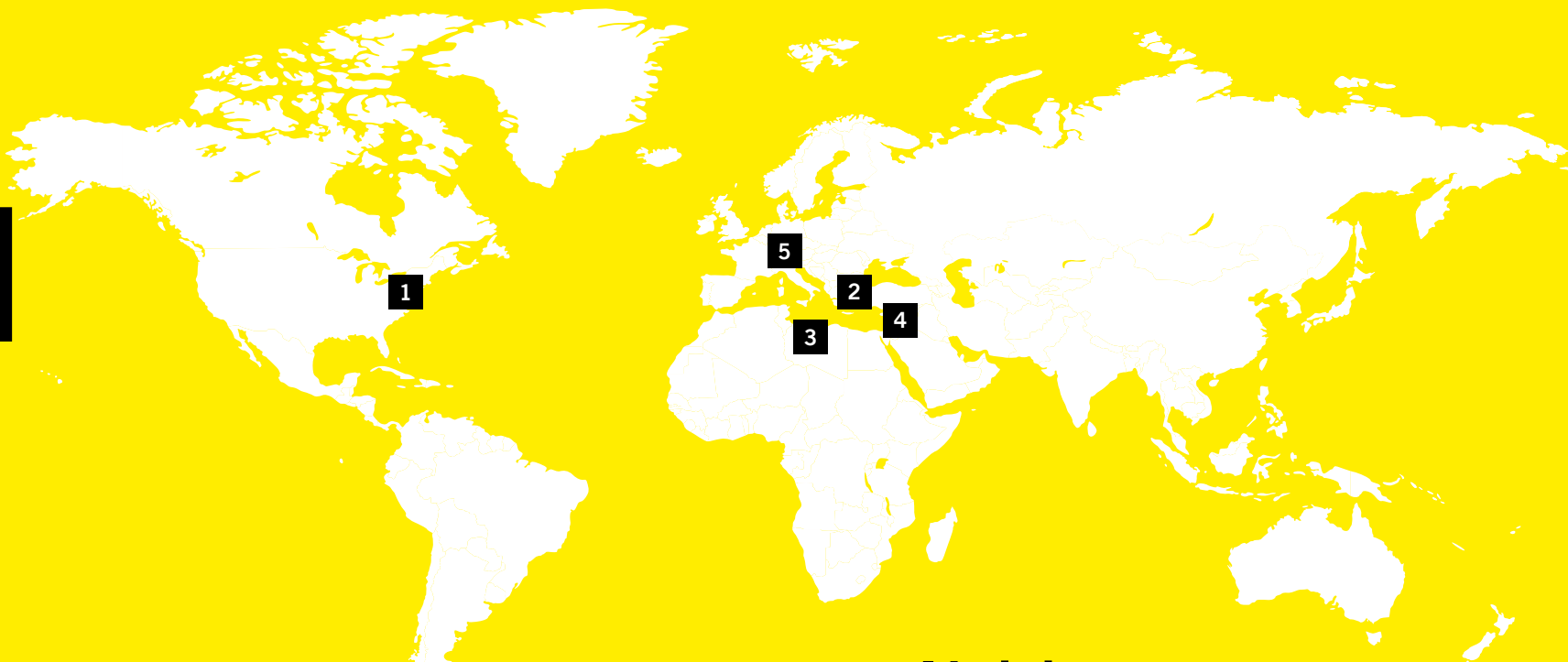
Einsatz für Menschenrechtsverteidiger*innen in der Türkei und Venezuela



ES BEGINNT HIER. SCHREIBEN WIR GESCHICHTE.

Mit dem Amnesty-Magazin schreiben wir Geschichten über Menschen und ihre Rechte – nun im neuen, frischen Design. Sehr schön, finde ich. Ein sichtbares Zeichen der positiven Stimmung und Energie im Amnesty-Büro. Weniger schön waren die Sommermonate: Im Juni wurde Taner Kilic, Vorstandsvorsitzender von Amnesty International Türkei, verhaftet, sechs Wochen später meine Kollegin Idil Eser, Direktorin der türkischen Sektion. Die Anschuldigungen? An den Haaren herbeigezogen. Die Absicht? Menschenrechtsaktivist*innen mundtot zu machen und einzuschüchtern. So einen Angriff auf uns als globale Amnesty-Familie hat es bisher noch nie gegeben! Ich bin echt stinksauer. Wir werden für Idil und all die anderen unschuldig Inhaftierten kämpfen, bis sie freikommen. Denn es beginnt hier, mit uns, heute und hier. Wir sind es, die gegen die Erdogans, Trumps, Orbans, Dutertes dieser Welt aufstehen (siehe Seite 6). Der Herbst wird auch in Österreich für Veränderungen sorgen: Die Nationalratswahl stellt wichtige Weichen. Damit auch du eine fundierte politische Entscheidung treffen kannst, machen wir den Menschenrechts-Check (mehr auf Seite 19). Es beginnt also hier, in diesem Moment, während du diese Zeilen liest. Schreib Geschichte. Alles, was es braucht, bist du.

Annemarie Schlack,
Geschäftsführerin Amnesty International Österreich



1 Gute Nachrichten



Chelsea Manning startete in diesem Jahr in ein neues Leben – mit deiner Hilfe: Mehr als eine Viertelmillion Menschen setzten sich beim Amnesty-Briefmarathon 2015 für die Whistleblowerin ein. Am 17. Mai 2017 kam sie frei. Manning ist wohl einer der prominentesten Fälle, für die wir uns erfolgreich eingesetzt haben – und nicht der einzige! Auf unserer Webseite sammeln wir ausgewählte Erfolgsmeldungen, die wir ohne deine Unterstützung nicht erreicht hätten. Danke!

amnesty.at/12-erfolgsgeschichten

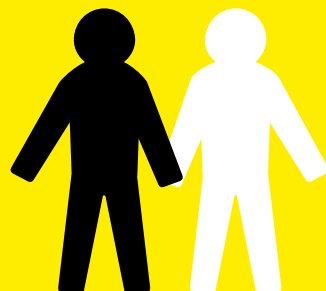
3 Wir lernen nie aus



In der Region MENA (Naher Osten & Nordafrika) leisten die Kolleg*innen Pionierarbeit im Bildungsbereich: Eine Reihe an innovativen Offline- und Online-Kursen vermitteln Wissen und Fähigkeiten für die Menschenrechtsarbeit. Auch in Österreich bietet Amnesty ein umfassendes Programm: Den Online-Kurs „Menschenrechtsverteidiger*innen“ gibt's demnächst auf Deutsch!

academy.amnesty.org

2 Soli-Aktion auf Lesbos



Auf der griechischen Insel Lesbos sitzen Tausende Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen fest. Ihre Zukunft ist wegen des EU-Türkei-Deals unklar. Aktivist*innen aus acht Ländern – darunter Österreich – forder-ten bei einer großen Aktion auf Lesbos die EU auf, die Situation für Menschen auf der Flucht zu verbessern, und vernetzten sich mit Betroffenen vor Ort. Zurück in der Heimat planen die Aktivist*innen schon die nächsten Aktionen. Wir sind gespannt!

[#actionlesvos](https://twitter.com/actionlesvos)

4 Aktivismus im Netz



Erst im Jänner erhielt Amnesty den renommierten Peabody-Facebook Futures of Media Award für die interaktive digitale Dokumentation über das syrische Foltergefängnis Sayd-naya. Und auch das nächste internationale Online-Projekt klingt preisverdächtig: Über eine Crowdsourcing-Plattform helfen Freiwillige weltweit bei Recherchen mit und werten Daten aus, um Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen.

decoders.amnesty.org

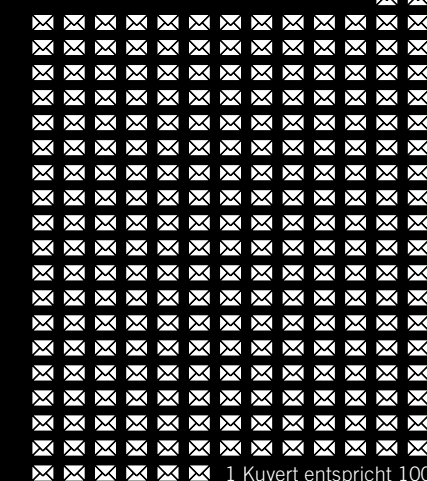
5 Millionen Aktionen

Amnesty-Unterstützer*innen haben sich letztes Jahr beim Briefmarathon selbst übertroffen: 4,660,774 Appellbriefe, E-Mails, Tweets und Postkarten wurden weltweit gesammelt. Allein in Österreich haben über **25.000*** Menschen mitgemacht, so viel wie noch nie! Der nächste Briefmarathon findet vom 4.–18. Dezember statt – und dann wollen wir gemeinsam die Fünf-Millionen-Marke knacken.

briefmarathon.at

***25.000** – so viele Unterstützer*innen haben 2016 beim Briefmarathon in Österreich mitgemacht. Mit so vielen Menschen könnten wir locker das Allianz Stadion in Wien-Hütteldorf füllen oder die Zuschauer*innentribüne bei der Bergiselschanze in Innsbruck.

25.000



1 Kuvert entspricht 100



IM VISIER DER MÄCHTIGEN

Der Kampf um Menschenrechte ist weltweit gefährlicher geworden – auch in westlichen Demokratien.

Dass wir Ungläubige nicht auf Marktplätzen verbrennen und Lesben nicht ins Zuchthaus stecken, mag uns heute so selbstverständlich erscheinen wie die Luft zum Atmen. Doch wir leiden unter historischer Kurzsichtigkeit: Unsere Rechte und Freiheiten genießen wir, weil Menschen über Jahrhunderte hinweg dafür gekämpft haben, viele unter Einsatz ihres Lebens. Menschenrechte fallen nicht vom Himmel, sondern müssen hier auf Erden erstritten und verteidigt werden.

Dieser Kampf ist neuerdings wieder gefährlicher geworden. Mindestens 281 Menschen wurden im vergangenen Jahr getötet, weil sie für eine humanere Welt eingetreten sind. Mehr als 3.500 waren es in den vergangenen 20 Jahren. Die Opfer waren Journalist*innen und Whistleblower*innen, Bäuerinnen und Bauern, Ärzt*innen, Umweltaktivist*innen, Gewerkschafter*innen oder einfach engagierte Bürger*innen. Die Mehrheit der Täter*innen wurde nie zur Verantwortung gezogen. Wer Menschenrechte schützt, braucht immer häufiger selbst Schutz. „Das Recht, sich für Menschenrechte einzusetzen, steht weltweit unter Beschuss“, sagt Salil Shetty, Generalsekretär von Am-

nesty International. In Russland, China oder Ägypten gehen die Regierungen gegen die Zivilgesellschaft vor, als sei der Einsatz für die Menschenrechte ein Kapitalverbrechen. In 94 Staaten wurden im vergangenen Jahr Aktivist*innen bedroht oder angegriffen, in 68 Ländern wegen ihrer friedlichen Arbeit festgenommen.

GLOBALE GEGENOFFENSIVE

Es ist noch nicht lange her, da schienen die Menschenrechte weltweit zu triumphieren. Im Jahr 1989 fiel die Berliner Mauer, friedliche Proteste zwangen die Sowjetunion in die Knie. Viele glaubten damals an den Anbruch eines goldenen Zeitalters: Friede, Freiheit und Demokratie für alle. Von diesem Optimismus ist nicht mehr viel übriggeblieben. Putin und Erdogan entpuppten sich als lupenreine Autokraten. Der demokratische Aufbruch in der arabischen Welt endete in Blut und Tränen. Und selbst in den USA und Indien, den größten Demokratien der Welt, scheint die offene Gesellschaft plötzlich wieder in Gefahr.

Weltweit haben Regierungen in den vergangenen Jahren hart erkämpfte demokratische Freiräume wieder eingeschränkt und Gesetze erlassen, die den Kampf für Menschenrechte schwieriger und gefährlicher machen. ►

**“Das Recht, sich für
Menschenrechte ein-
zusetzen, steht welt-
weit unter Beschuss.**

Salil Shetty, Generalsekretär
Amnesty International

Links:
Amnesty-Aktivist*innen protestieren
in Paris für die inhaftierten Menschen-
rechtsverteidiger*innen in der Türkei.
© Colin Poiraut

Tep Vanny ist eine von vielen Menschenrechtsverteidiger*innen, für deren Freilassung sich Amnesty International einsetzt.
© LICADHO



Die Mächtigen ersticken friedliche Proteste mit Waffengewalt, verbieten Zeitungen und Gewerkschaften, lassen Menschenrechtsverteidiger*innen entführen, foltern oder hinrichten und diffamieren friedliche Aktivist*innen als „Agent*innen“, „Vaterlandsverräter*innen“ oder „Terrorist*innen“ – wie zum Beispiel in der Türkei: Von den willkürlichen Verhaftungen sind mittlerweile auch Amnesty-Mitarbeiter*innen betroffen (siehe Seite 14).

RECHTE ALS „STÖRFAKTOREN“

Insbesondere das Recht auf Versammlungsfreiheit ist derzeit weltweit bedroht: Sechs Jahre ist es her, dass in den arabischen Staaten Millionen Menschen für Brot, Freiheit und Gerechtigkeit auf die Straßen zogen. In Tunesien, Ägypten und Libyen stürzte das Volk im Eiltempo seine Despoten. Der Arabische Frühling erschreckte Diktatoren weltweit und führte zu ein-

er globalen Gegenoffensive: In vielen autokratisch regierten Ländern wurde das Recht, friedliche Proteste abzuhalten, seither massiv eingeschränkt.

Aber selbst in demokratischen Staaten ist das Demonstrationsrecht in Gefahr: In Südkorea ist die Versammlungsfreiheit ein verbrieftes Grundrecht, trotzdem werden dort friedliche Proteste regelmäßig mit exzessiver Gewalt aufgelöst. Mehr als 80 Prozent aller Demonstrationsanträge lehnen die Behörden bereits im Vorhinein ab. Und auch in den USA setzen Sicherheitskräfte immer wieder Reizchemikalien und Wasserwerfer gegen friedlich Protestierende ein und nehmen Hunderte von ihnen widerrechtlich fest. Und auch in Österreich lassen die jüngsten Gesetzesentwürfe nichts Gutes erahnen: Erst im April erklärte Innenminister Sobotka ein hart erkämpftes Grundrecht zum gesellschaftlichen Störfaktor. Wenig später wurde ein Gesetzesentwurf beschlossen, der das Versammlungsgesetz in Österreich empfindlich einschränkt (siehe Seite 18/19).

ENGAGEMENT WIRD STIGMATISIERT

Auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Amnesty International, Greenpeace oder Ärzte ohne Grenzen geraten immer wieder ins Visier der Mächtigen. Russland machte 2012 den Anfang: NGOs müssen sich dort als „Agenten“ registrieren lassen, wenn sie Spenden aus dem Ausland annehmen oder sich „politisch betätigen“. Inzwischen können die russischen Behörden NGOs auch als „unerwünscht“ einstufen. Wer eine russische Staatsangehörigkeit besitzt und sich trotzdem für sie engagiert, kann für bis zu sechs

Jahren im Gefängnis landen. Das Beispiel hat weltweit Schule gemacht: Mehr als 90 Staaten haben inzwischen Gesetze vorbereitet oder bereits eingeführt, um regierungskritischen NGOs die Luft abzdrehen – darunter nicht nur autoritär regierte Länder wie Weißrussland, Bahrain oder Ägypten, sondern auch Demokratien wie Israel und Indien. Auch in unserem Nachbarland Ungarn geht die Regierung systematisch gegen NGOs vor (siehe Interview auf Seite 12).

AUSWEITUNG DER KAMPFZONE

Bei der Unterdrückung kritischer Stimmen sind Regierungen weltweit technisch auf der Höhe der Zeit. Der Kampf gegen Dissident*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen wird längst auch digital geführt – zum Beispiel auf Twitter und Facebook. Wer sich für Menschenrechte einsetzt, kann dort zur Zielscheibe werden wie die Investigativ-Journalistin Carmen Aristegui aus Mexiko: Nachdem sie in ihrer Heimat mehrere Korruptionskandale aufgedeckt hatte, verbreitete sich 2015 im Internet die Nachricht, Aristegui habe selbst Schmiergelder

angenommen. Unzählige anonyme User*innen verbreiteten das Gerücht in den sozialen Netzwerken. „Trolle“ werden diese digitalen Schlägertrupps genannt – in Ländern wie Mexiko, Russland oder den Philippinen sind sie besonders aktiv. Nicht selten werden sie von Regierungen oder Wirtschaftskonzernen bezahlt, um unliebsame Personen zu diskreditieren. „Wenn sie dich nicht töten, ruinieren sie dein Leben“, sagt der mexikanische Internetaktivist Alberto Escorcía. „Die Trolle schüren ein permanentes Klima der Angst. Viele Menschen trauen sich nicht mehr, ihren Mund aufzumachen.“ Escorcía klärt in seinem Blog über digitale Hetzkampagnen auf – und erhält deswegen selbst regelmäßig anonyme Morddrohungen.

Die neuen Technologien haben in den vergangenen Jahren auch gänzlich neue Formen der Überwachung ermöglicht. Der kleine Golfstaat Bahrain setzt beispielsweise ausgefeilte Spionagesoftware ein, um Dissident*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen im Inland wie im Ausland auszuspähen. Diese „Trojaner“ ermöglichen ►



Sakris Kupila kämpft für Transgender-Rechte in Finnland. Wir unterstützen ihn dabei.
© Amnesty International

Was können wir tun?

Menschenrechte fallen nicht vom Himmel.

Sie müssen hier auf Erden erstritten und verteidigt werden – mit einem Tweet, einer Unterschrift oder mit einer Protestaktion. Doch dieser Kampf ist wieder gefährlicher geworden: Mindestens 281 Menschen wurden im vergangenen Jahr getötet, weil sie für eine humanere Welt eingetreten sind; in mehr als 63 Ländern gab es Hetzkampagnen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, dokumentierte Amnesty International. Unsere Antwort auf diesen besorgniserregenden Trend heißt

Es beginnt hier. Mit der weltweiten Kampagne fordern wir Regierungen auf, den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen zu verbessern und den Raum für zivilgesellschaftliches Engagement auszubauen. Auf www.esbeginnthier.at kannst du dich bei unserem globalen Appell beteiligen, Fälle unterstützen und dich über Aktionen informieren.

Rechts:
Kundgebung gegen Donald Trump
in Los Angeles, Kalifornien, 2016.
© Alamy Stock Photo

es dem bahrainischen Geheimdienst, sämtliche Chats, Mails und Browseraktivitäten unliebsamer Personen abzufangen. Die Software hat Bahrain aus befreundeten Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland importiert.

Überwachung ist ein globales Phänomen und keineswegs auf ferne Diktaturen beschränkt. So kam inzwischen heraus, dass auch die britische Polizei jahrelang kritische Journalist*innen ausgespäht hat. Dabei notierten die Behörden nicht nur akribisch, mit wem die Medienschaffenden sprachen und was sie recherchierten, sondern schnüffelten auch in ihren Krankenakten und vermerkten sogar die Farbe ihrer Schuhe.

ATTACKEN AUCH VON UNTERNEHMEN

Wer für Menschenrechte, Demokratie und Transparenz kämpft, gerät nicht nur ins Visier von Regierungen und Geheimdiensten, sondern auch von bewaffneten Gruppen wie dem „Islamischen Staat“, mexikanischen Drogenkartellen – oder milliardenschweren Konzernen.

Die Nigerianerin Esther Kiobel hat in den Niederlanden vor wenigen Wochen den britisch-niederländischen Mineralölkonzern Shell verklagt. Das nigerianische Militär erhängte 1993 ihren Mann und acht weitere Menschenrechtsaktivisten.

Die Männer hatten zuvor friedlich dagegen protestiert, dass Shell im Nigerdelta Bodenschätze ausbeutet und damit ihre Lebensgrundlage zerstört. Neue Amnesty-Recherchen belegen: Shell ermutigte die nigerianische Regierung, die Proteste aus der Welt zu schaffen.

Der Fall Kiobel ist nur ein Beispiel von vielen: Immer wieder sind Wirtschaftsunternehmen in Attacken auf Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen verstrickt. So wohl auch am 2. März 2016 in Honduras: Berta Cáceres lag im Schlafzimmer, als kurz vor Mitternacht bewaffnete Männer ihr kleines, giftgrün gestrichenes Giebelhaus im Städtchen La Esperanza stürmten. Mit vier Schüssen richteten sie die 44-Jährige hin. Es war ein Mord mit Ansage: Die Menschenrechtsverteidigerin hatte gegen den Bau eines Staudamms auf indigenem Land gekämpft – und sich damit die Baufirma Desa zum Feind gemacht. „Sie hatte Tausende Drohungen erhalten“, sagt ihr Bruder Gustavo Cáceres. „Ihr Tod hätte verhindert werden können.“

Die honduranischen Behörden wären verpflichtet gewesen, Berta Cáceres zu schützen. Im Jahr 1998 einigten sich die Vereinten Nationen auf die „Deklaration für die Rechte von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern“. Die internationale Gemeinschaft unterstrich darin, dass sich Menschenrechte nur durchsetzen lassen, wenn eine lebendige Zivilgesellschaft dafür kämpft. Die Erklärung war ein historischer Erfolg im weltweiten Kampf für die Menschenrechte. Nun müssen wir weiter dafür kämpfen, dass sie eingehalten wird.

Text von Ramin Nowzad

www.esbeginnthier.at

“Die Trolle schüren ein Klima der Angst. Viele Menschen trauen sich nicht mehr, den Mund aufzumachen.

Alberto Escorcía, Internetaktivist





© Amnesty International Ungarn

„DIE ARGUMENTE SIND AUF UNSERER SEITE“

In Ungarn trat ein neues NGO-Gesetz in Kraft. Áron Demeter erklärt, warum sich Amnesty Ungarn der Regelung widersetzt.

Amnesty International Ungarn bricht aus Protest das neue NGO-Gesetz: Ihr lasst euch nicht als eine „aus dem Ausland finanzierte Organisation“ registrieren. Seid ihr Kriminelle?

Demeter: (lacht) Als wir bekanntgaben, das neue Gesetz nicht zu befolgen, haben wir einige Nachrichten von der Regierung bekommen, die zeigten, dass sie uns für Verbrecher halten. Das ist in Ungarn aber nichts Neues: Wir – und viele andere NGOs – werden seit Monaten wie Kriminelle behandelt. Nach offizieller Darstellung würden wir Asylwerber*innen und Geflüchtete dazu anregen, Gesetze zu brechen; wir seien Teil der globalen Schlepperindustrie. Natürlich sehen wir uns selbst nicht als Kriminelle.

Was ist euer Problem mit dem neuen NGO-Gesetz?

Es verstößt gegen fundamentale Rechte und Normen. Es sprechen drei Argumente dagegen: Jede NGO, die mehr

“Die ungarische Regierung geht seit Jahren gegen NGOs und Menschenrechtsverteidiger*innen vor.

Áron Demeter, Amnesty International Ungarn

als 24.000 Euro pro Jahr aus dem Ausland erhält, muss sich nun als eine „aus dem Ausland finanzierte Organisation“ registrieren lassen. Dieses Stigma muss sie in jeder Presseaussendung, jedem formalen Statement anführen. Das macht es einer NGO wie Amnesty International Ungarn sehr schwer, ihre Arbeit zu machen. Wir sind stark von ausländischen Geldern abhängig, denn in Ungarn gibt es kaum Ressourcen. Und so wie auf der ganzen Welt nimmt Amnesty in Ungarn keine öffentlichen Gelder an. Dadurch schränkt das Gesetz unser Recht auf Vereinigungsfreiheit empfindlich ein.

Was sind die anderen beiden Argumente gegen das Gesetz?

Es verstößt gegen das Recht auf Privatsphäre und wichtige Datenschutzbestimmungen: Wir müssen der Regierung die Namen unserer Spender*innen bekanntgeben. In einem Land wie Ungarn sind Spenden aus Sicht der Behörden verdächtig. Es ist verständlich, dass unsere Spender*innen – Privatpersonen und Unternehmen – nicht wollen, dass die ungarische Regierung weiß, dass sie uns Geld geben.

Drittens hat die Regierung das Gesetz unter dem Vorwand beschlossen, gegen Geldwäsche vorzugehen und mehr Transparenz zu schaffen. Doch es gibt keine Beweise dafür, dass terroristische Organisationen oder kriminelle Netzwerke über NGOs Geld waschen. Die finanziellen Details, die die Regierung von NGOs wissen will, sind bereits öffentlich auf Webseiten und dem ungarischen Gericht zugänglich. Das Gesetz ist also völlig unnötig. Es dient nur dazu, NGOs zu stigmatisieren.

Inwiefern?

Die ungarische Regierung geht seit Jahren gegen NGOs und Menschenrechtsverteidiger*innen vor. Wir gelten als Verräter, Kriminelle und würden Terrorismus unterstützen. Nun werden NGOs per Gesetz als „ausländisch“ diskriminiert – das ist circa so schlimm, wie in Russland als „Auslandsagent“ bezeichnet zu werden.

Wie kämpft ihr dagegen an?

Gemeinsam mit anderen NGOs werden wir eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof in Ungarn einreichen. Später werden wir uns auch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wenden.

Wie lange wird es dauern, bis ihr Erfolg habt?

Sollte der ungarische Verfassungsgerichtshof entscheiden, dass das neue NGO-Gesetz keinen Bruch mit unserer Verfassung darstellt, ist zu befürchten, dass unsere Beschwerde nicht behandelt wird. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird sich der Beschwerde annehmen, da bin ich mir sicher. Allerdings kann das Monate, wenn nicht Jahre dauern. Wir rechnen also nicht mit einer schnellen Lösung, aber wir sind optimistisch: Die rechtlichen Argumente liegen auf unserer Seite.

Teil einer internationalen Organisation zu sein heißt meistens, mehr Stärke und mehr Vertrauen zu haben. In Ungarn scheint es das Gegenteil zu bedeuten.

Amnestys weltweite Ausrichtung bedeutet, dass wir eure Unterstützung und die anderer Sektionen haben. Wir fühlen uns besser geschützt und unterstützt, dafür sind wir sehr dankbar.

Seitdem die ungarische Regierung internationale Organisationen auf eine gewisse Art und Weise als verdächtig darstellt und behauptet, sie würden „ausländische Interessen“ verfolgen, ist es wirklich schwer geworden, anerkannt und als relevant empfunden zu werden.

Die gute Nachricht ist: Viele Menschen in Ungarn empfinden das neue NGO-Gesetz, das Vorgehen gegen NGOs und das Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Ungarn als Zeichen dafür, dass sich die ungarische Demokratie zu einem autoritären Regime wie in der Türkei entwickelt. Viele wollen in einem Land, in dem europäische Werte nichts gelten, nicht leben. Es mag komisch klingen, aber für mich ist es eine inspirierende Zeit. Wir sind uns sicher, dass wir uns für das Richtige einsetzen – und die ungarische Gesellschaft reagiert darauf.

Áron Demeter leitet den Bereich Advocacy und Medien bei Amnesty International Ungarn. Davor arbeitete er als Kampagnenkoordinator. Das Gespräch führte **Gesine Schmidt-Schmiedbauer**, Pressesprecherin bei Amnesty International Österreich.

VERLEUMDET, VERFOLGT, VERHAFTET

Innerhalb von nur einem Monat wurden zwei führende Amnesty-Vertreter*innen in der Türkei verhaftet. Protokoll der alarmierenden Entwicklungen.

19 Jahre ist es her, dass Amnesty International die türkische Regierung aufforderte, den damaligen Bürgermeister von Istanbul freizulassen. „Er war festgenommen worden, weil er bei einer Demonstration ein Gedicht vorgelesen hatte“, sagt Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty. „Amnesty betrachtete ihn als Gewissensgefangenen und startete eine internationale Kampagne für ihn. Sein Name war Recep Tayyip Erdogan.“

Heute sitzt Erdogan nicht mehr im Gefängnis, sondern im türkischen Präsidentenpalast. Und Amnesty appelliert nicht mehr für, sondern an ihn: Hunderte Aktivist*innen, Anwalt*innen und Journalist*innen wurden in den vergangenen Monaten festgenommen – nun traf es auch Amnesty International. Zum ersten Mal in der Geschichte

der Menschenrechtsorganisation sitzen sowohl der Vorstandsvorsitzende als auch die Direktorin eines Landes in Haft.

Zunächst traf es Taner Kilic: Am 6. Juni wurde der türkische Anwalt und Vorstandsvorsitzende der türkischen Amnesty-Sektion festgenommen. Die Behörden werfen ihm vor, Mitglied der Gülen-Bewegung zu sein, die von den türkischen Behörden als terroristische Organisation eingestuft wird. Als „Beweis“ dient lediglich der Vorwurf, dass Kilic die unter Gülen-

Anhänger*innen angeblich verbreitete Messenger-App ByLock verwendet haben soll. Kilic bestreitet, jemals von der App gehört zu haben, und weist unabhängig davon jegliche Verbindung zur Gülen-Bewegung von sich. Einen Monat nach Taner Kilics Festnahme folgte der nächste Schlag: Die Direktorin der türkischen Amnesty-Sektion, Idil Eser, wurde ebenfalls inhaftiert. Auch ihre Verhaftung wurde – wie die vieler weiterer Journalist*innen und Regierungskritiker*innen – mit dem absurden Vorwurf begründet, dass sie eine „terroristische

“Erdogan, es ist genug. Wer Menschen, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen, einsperrt und als Terroristen bezeichnet, der hat jeden Realitätssinn verloren.

Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International Österreich

Links: Idil Eser, seit 2016 Direktorin bei Amnesty Türkei, setzt sich seit Jahrzehnten für die Menschenrechte ein.

Rechts: Taner Kilic hat unter anderem zahlreiche verfolgte Journalist*innen vor Gericht vertreten. Fotos © AI



Organisation“ unterstütze. Sicherheitskräfte nahmen Idil Eser am 5. Juli auf der Insel Büyükada nahe Istanbul fest, wo sie einen Workshop zur digitalen Sicherheit besuchte. Mit ihr wurden sieben weitere türkische Menschenrechtsverteidiger*innen sowie zwei ausländische Referenten festgenommen. Die Behörden hielten den Aufenthaltsort der Gefangenen zunächst geheim und erlaubten ihnen erst nach 28 Stunden, Kontakt zu Familien und Rechtsbeiständen aufzunehmen.

UNSER EINSATZ FÜR IHRE FREILASSUNG

„Ich habe vor einem Jahr angefangen, für Amnesty International als Direktorin zu arbeiten“, schreibt Idil Eser in einem Statement, das ihr Anwalt nach ihrer Inhaftierung veröffentlichte. „Ich hatte mich für diesen Job entschieden, weil ich aus der Geschichte weiß, was mit

Ländern passiert, in denen die Menschenrechte nicht respektiert werden, und weil ich daran glaube, dass Menschenrechtsarbeit wichtig ist. Um ehrlich zu sein, ich kämpfte dagegen, dass andere solche juristischen Absurditäten durchlaufen müssen, wie ich sie gerade erlebe.“ Dennoch bleibt sie optimistisch: „Ich glaube daran, dass die Wolken, welche die Wahrheit verdecken, sich lüften werden. Gerechtigkeit wird herrschen und ich werde meine Arbeit genau dort wieder aufnehmen können, wo ich aufgehört habe.“

Text von Hannah El-Hitami

Setz dich mit uns für die Freilassung von Taner Kilic, Idil Eser und all den anderen Inhaftierten ein. Mehr unter www.amnesty.at/newsblog-tuerkei

“Ich kämpfe dagegen, dass andere solche juristischen Absurditäten durchlaufen müssen, wie ich sie gerade erlebe.

Idil Eser, Direktorin von Amnesty International Türkei

“Ich bin schockiert, dass meine Kollegin Idil verhaftet wurde. Präsident Erdogan tritt Menschenrecht mit Füßen. Das nehmen wir nicht hin.

Annemarie Schlack, Geschäftsführerin Amnesty International Österreich

06. JUN. ■ Taner Kilic wird mit 22 weiteren Anwälten in Izmir verhaftet und wenige Tage später angeklagt.

05. JUL. ■ Idil Eser und weitere Menschenrechtsverteidiger*innen werden bei einem Workshop verhaftet.

08. JUL. ■ Amnesty macht Druck für die Inhaftierten am G20-Gipfel, an dem auch Erdogan teilnimmt.

10. JUL. ■ In Wien zeigen Vorsitzende von Amnesty International aus ganz Europa ihre Solidarität.

28. JUL. ■ Weltweit protestieren Menschen gegen ungerechtfertigte Inhaftierungen in der Türkei.

14. AUG. ■ 400 Delegierte fordern bei der Internat. Rats-tagung (ICM) die Freilassung der Gefangenen.

SEPT. ■ Die Kampagne #Free-RightsDefenders erhöht weltweit den Druck auf die türkischen Behörden.



Willkürliche Verhaftungen, unzählige Verletzte und Tote bei Protesten: Venezuela befindet sich seit Monaten im Ausnahmezustand.

HETZE GEGEN KRITIKER*INNEN

Recherchen von Amnesty zeigen, dass die Repressionen gegen Oppositionelle und Kritiker*innen im südamerikanischen Staat massiv zugenommen haben. Sicherheitskräfte der Regierung gehen mit unangemessener Gewalt gegen Protestierende vor. Mit Feuerwaffen, Tränengas und anderen sogenannten nicht-tödlichen Waffen versuchen sie die Bevölkerung einzuschüchtern. NGOs, Menschenrechtsverteidiger*innen und Oppositionelle werden durch öffentliche Hetzkampagnen diskreditiert. Es besteht die Sorge vor einem Abdriften in einen Bürgerkrieg. Amnesty wird die Lage in Venezuela weiterhin genau beobachten.

© Laura Rangel



Menschenrechte sind auch im Wahlkampf Thema

Problem erkannt, Lösung absurd. Die österreichische Politik braucht ein neues Schema.



© Laurent Ziegler

Die britische Premierministerin Theresa May hat's getan, US-Präsident Donald Trump ebenso, und nun tun es auch österreichische Politiker*innen: Menschenrechte werden in Frage gestellt, um im Wahlkampf zu punkten. Da wird das Versammlungsrecht zum wirtschaftlichen Störfaktor erklärt, Rettungsaktionen im Mittelmeer werden als „NGO-Wahnsinn“ bezeichnet und Kritik am geplanten Überwachungspaket wird zum „Anschlag auf die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung“ deklariert. Nur um ein, zwei Prozentpunkte zu gewinnen, sind einige bereit, das Menschenrechtssystem in Frage zu stellen oder zu attackieren. Wissen die Politiker*innen, was sie da tun?

FEHLENDE ANTWORTEN AUF HERAUSFORDERUNGEN

Mir geht es nicht darum, Problematiken wegzudiskutieren: Ja, weltweit sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht, Migration ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Ja, wir müssen Sicherheitsstrategien im digitalen Zeitalter entwickeln, auch in Österreich. Aber die Antwort auf diese

Herausforderungen kann nicht sein, Menschenrechte einzuschränken und politisches Kleingeld aus Gefährdungslagen zu schlagen.

Richtige Politik wäre, sichere, menschenrechtskonforme Wege für Geflüchtete zu schaffen. Richtige Politik unterdrückt nicht freie Meinungsäußerung, nur weil sie manchmal unbequem ist. Richtige Politik erkennt, wenn die Sicherheit der Bevölkerung in Gefahr ist. Sie findet aber eine Lösung, die nicht jeden oder jede WhatsApp-Nutzer*in pauschal zum Verdachtsfall macht.

POLITIK MIT POTENZIAL

Problem erkannt, Lösung absurd: Nach diesem Schema funktioniert derzeit die österreichische Politik. So eine Politik ist nicht nur gefährlich, sondern auch völlig unnötig. Denn eine Politik, die sich über menschenrechtskonforme Lösungen profiliert und nicht so tut, als ob wir in Unruhe oder Elend untergehen, diese Politik kommt an – während und außerhalb von Wahlkampfzeiten. Denn es ist der einzig mögliche, nachhaltige Weg, eine demokratische, rechtsstaatliche Gesellschaft zu gestalten. In Österreich scheinen einige Politiker*innen das vergessen zu haben. Der 15. Oktober wäre eine Gelegenheit, sie daran zu erinnern.

Heinz Patzelt ist Generalsekretär von Amnesty International Österreich.

UND, WAS WÄHLST DU ...?

Das Menschenrechts-Quiz zur Nationalratswahl. Finde die Amnesty-Position.

Im Mai 2017 wurde das Versammlungsrecht in Österreich empfindlich eingeschränkt. Welche Passage kritisierte Amnesty aus grundrechtlicher Sicht?

☐ Die Anzeigepflicht für Demonstrationen beträgt nun 12 Stunden.

☐ Die Behörden haben nun zusätzliche Möglichkeiten, Versammlungen zu untersagen – etwa wenn sie der „politischen Tätigkeit von Drittstaatsangehörigen dienen“.

☐ Die Behörden haben nun grundsätzlich die Möglichkeit, zum Schutz von Versammlungen Schutzbereiche festzulegen.

In Deutschland wurde im Juni 2017 ein Gesetz verabschiedet, das homosexuelle und heterosexuelle Paare rechtlich völlig gleichstellt (insb. in Bezug auf das Recht zu heiraten). Wäre auch in Österreich so ein Gesetz nötig?

☐ Ja, Österreich ist das einzige Land in Europa, in dem sich gleichgeschlechtliche Paare nicht verpartnern können.

☐ Ja, trotz eingetragener Partnerschaft bestehen nach wie vor über 20 Unterschiede zur Ehe, die sachlich nicht begründet sind.

☐ Nein, so ein Gesetz ist rechtlich unbedeutend, die „Ehe für alle“ nur ein überflüssiges Symbol für die Gleichstellung von Paaren.

2017 flüchteten so viele Menschen wie noch nie über das Mittelmeer, viele von ihnen starben dabei. Politiker*innen präsentieren in diesem Zusammenhang häufig „Lager in Nordafrika“ als Lösung. Wie ist dieser Vorschlag aus menschenrechtlicher Sicht zu bewerten?

☐ Länder wie Libyen oder Ägypten sind nicht in der Lage, menschenrechtliche Standards einzuhalten. Geflüchtete während des Asylverfahrens dort festzuhalten bedeutet, sie potenziell unmenschlichen Behandlungen auszusetzen. Das verstößt gegen das Folterverbot.

☐ Die EU müsste ihren rechtlichen Wirkungsbereich auf nordafrikanische Territorien ausweiten und besetzen. Das verstößt gegen die Neutralität Österreichs.

☐ Österreich müsste Polizist*innen oder Soldat*innen in die Gebiete schicken. Das widerspricht europäischen Konventionen.

Auch das Stichwort „Schließung der Mittelmeerroute“ fällt immer wieder. Wie bewertet Amnesty diesen Vorschlag?

☐ Solange dadurch Rettungsaktionen von NGOs nicht beeinträchtigt und Menschen nicht in Gefahr gebracht werden, spricht nichts gegen eine Schließung der Mittelmeerroute.

☐ Die Mittelmeerroute zu schließen ist technisch unmöglich und derzeit aufgrund der Lage in Nordafrika nicht menschenrechtskonform umsetzbar.

☐ Das Mittelmeer ist die tödlichste Fluchtroute der Welt. Sie zu schließen ist derzeit eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Österreich muss daher alles tun, um dieses Projekt voranzutreiben.

Alle Antworten unter www.action.amnesty.at/quiz

Für alle Unentschlossenen ist www.menschenrechte-waehlen.at die richtige Adresse. Dort kannst du dich zu einer Politik, die von Menschenrechten geleitet ist, bekennen und den Menschenrechts-Check abonnieren. Per E-Mail versorgen wir dich regelmäßig mit aktuellen Analysen zu wichtigen Wahlkampfthemen aus menschenrechtlicher Sicht, damit dir die Entscheidung am 15. Oktober leicht(er) fällt.

Legate: Ein Tabuthema?

Warum wir Spenden über Testamente sammeln.



© Privat

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass immer mehr Menschen in ihrem Testament auch Hilfsorganisationen bedenken. Sie möchten ein wichtiges Anliegen über den Tod hinaus unterstützen. Ich bekomme aber auch Anfragen von Menschen, die auf das Thema „Testamentspende“ mit Unverständnis und Empörung reagieren. Sie fragen mich, warum wir diese Form der Spendensammlung betreiben. Ich bin froh, wenn solche Anfragen an mich gestellt werden und unsere Spender*innen ihr Unbehagen ausdrücken. Denn so lässt sich vieles aufklären. Zum Beispiel, dass Amnesty International auf diese Art der Unterstützung angewiesen ist, um weiterhin unabhängig arbeiten zu können. Oder, dass uns natürlich klar ist, dass an erster Stelle immer die Angehörigen unserer Spender*innen stehen. Dass wir aber für alles, was sie darüber hinaus für Menschenrechte tun möchten, sehr dankbar sind. Es hilft uns, Menschen zu helfen.

Ulrike Hofstätter, Verantwortliche für Erbschaften & Stiftungen bei Amnesty International Österreich

14.10.

MENSCHENRECHTE FINDEN STADT

Stadtspaziergang durch Wien: Auf den Spuren der Menschenrechte. 10–13 Uhr

20.10.

WILLKOMMEN IN ÖSTERREICH

Alltag, Integration und Perspektiven von asylberechtigten Personen. Dialog, 16–18 Uhr

11.11.

ISLAM: LEBEN MIT VORURTEILEN

Seminar mit Fokus auf aktuelle Entwicklungen in Österreich. 10–17 Uhr

3.-5.11.

MENSCHENRECHTS-TAGUNG 2017

Im Bildungshaus Schloss Retzhof in Leirring/Wagna

Mut tut gut. Auch für die Menschenrechte! Darum geht es in unserer Kampagne „Es beginnt hier. Schreiben wir Geschichte“, die unsere Tagung „Miteinander für Menschenrechte“ in der Steiermark thematisch begleitet.

Es erwarten dich internationale Vorträge und vielseitige Aktivismus-Workshops für neue und „dienstältere“ Aktivist*innen: Was kann ich im Rahmen der derzeitigen Kampagnen tun? Wie gefährlich ist es, als Journalist*in zu arbeiten? Wie gewinne ich neue Leute für meine Gruppe? Aktionstag – was ist das? Wie fotografiere ich unsere Aktionen gut? Oder doch lieber mit Parkour Aufmerksamkeit auf unsere Aktion lenken?

Du kannst die Herbsttage mit Yoga beginnen und mit gemütlichem Zusammensein und Musizieren ausklingen lassen. Aus dem Angebot wird jede*r das Richtige für sich finden. Wir freuen uns auf deine Teilnahme! Weitere Informationen und Anmeldung unter

amnesty.at/tagung17

18.11.

MEINE RECHTE KENNEN

Rassismus: Theorie, Praxis und rechtliche Grundlagen. Workshop, 10–17 Uhr

25.11.

LEICHTE SPRACHE, SCHWERE SPRACHE

Theorie und Praxis leicht verständlicher Sprache. Workshop, 10–17 Uhr

1.12.

MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

Herausforderungen in der Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen. Workshop, 16–20 Uhr

Weitere Informationen und Anmeldung zu den Kursen unter

academy.amnesty.at



SPENDENABSETZBARKEIT NEU: ES WIRD EINFACHER

Was ändert sich?

Bis jetzt musste man seine Spenden selbst dem Finanzamt melden, wenn man von der steuerlichen Absetzbarkeit profitieren wollte. Für Spenden, die ab dem 1. Jänner 2017 an uns getätigt wurden, kümmern wir uns um die Weiterleitung an das Finanzamt. Diese werden dann automatisch vom Finanzamt als Sonderausgaben berücksichtigt.

Was bleibt gleich?

Alle Spenden an uns sind weiterhin steuerlich absetzbar. Spenden aus dem Jahr 2016 müssen noch selbst dem Finanzamt gemeldet werden.

Was muss ich als Spender*in tun?

Wir benötigen Vor- und Nachnamen (wie am Meldezettel vermerkt) und Geburtsdatum, um Spenden beim Finanzamt melden zu können. Wer seine Spende steuerlich nicht absetzen will, sollte uns das bitte auch mitteilen, damit wir die Daten nicht ans Finanzamt weiterleiten.

Sind meine Daten sicher?

Ja! Name, Geburtsdatum und Spendenhöhe werden von uns in verschlüsselter Form ans Finanzamt übermittelt.

Wie kann ich herausfinden, welche Spendenhöhe Amnesty International an das Finanzamt gemeldet hat?

Das geht ab März des Folgejahres über den FinanzOnline-Zugang oder über den Steuerbescheid. Natürlich stehen auch wir bei Fragen gerne zur Verfügung!

Wie viel Geld erhalte ich durch die Spendenabsetzbarkeit vom Finanzamt zurück?

Abhängig von der jeweiligen Steuerklasse bekommt man zwischen 25 und 55 Prozent der Spenden wieder zurück.

Ich bin Selbstständige*r. Wie setze ich meine Spenden an Amnesty International steuerlich ab?

Privatspenden können als Sonderausgabe geltend gemacht werden. Wenn man als Einzelunternehmer*in tätig ist, kann man seine Spende auch selbstständig als Betriebsausgabe geltend machen.

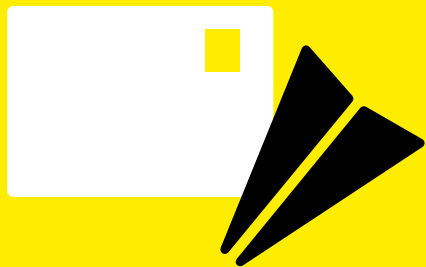
amnesty.at/jetzt-spenden

DREI DINGE, DIE DU MIT DIESER SEITE MACHEN KANNST

Wir wollen nicht nur informieren, sondern auch zum Handeln anregen. Also mach was aus diesen Seiten (am liebsten ist uns No. 3)!

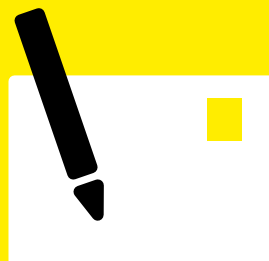
1 Baue einen Papierflieger

Mittig falten, oben links und rechts die Ecken umknicken, dann linke und rechte Seite bis zur Mittellinie umfalten, Spitze nach unten, und noch 2 Mal falten – fertig! Ganz einfach, oder?



2 Fixiere wackelige Tischbeine

Es heißt, ein Blatt Papier kann sieben, maximal acht Mal gefaltet werden. Ob das wirklich stimmt? Probiere es aus!



3 Verändere Leben

Briefe sind mächtig: Sie zeigen denen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, dass ihre Taten nicht hingenommen werden; Betroffenen geben sie Mut und Hoffnung. Auf Seite 24 findest du zwei Postkarten, mit denen du dich für Menschen einsetzen kannst. Jede Stimme zählt!

amnesty.at/jetzt-handeln

Ob durch repressive Gesetze oder gezielte Verfolgung: Die Verteidigung von Menschenrechten wird immer gefährlicher.

Weltweit werden Menschenrechte eingeschränkt und jene mundtot gemacht, die sich gegen diese Entwicklung einsetzen. Dennoch begeben sich zahlreiche mutige Menschen täglich in Gefahr, um gegen Unrecht zu kämpfen und sich für unsere fundamentalsten Rechte einzusetzen – zwei Beispiele dafür sind die verhafteten Menschenrechtsverteidiger*innen in der Türkei und Leopoldo López in Venezuela. Nun liegt es an uns, für sie aufzustehen.

Türkei: Fordere die Freilassung der elf Inhaftierten

Ein Jahr nach dem Putschversuch sitzen Hunderte Journalist*innen, Anwalt*innen und Aktivist*innen im Gefängnis. Im Sommer 2017 wurden nun elf Menschenrechtsverteidiger*innen aufgrund völlig haltloser und absurder Vorwürfe inhaftiert – unter ihnen auch Idil Eser und Taner Kilic von Amnesty International Türkei (siehe Seite 14). Ihnen wird vorgeworfen, sie seien Unterstützer*innen einer terroristischen Organisation. Diese Vorwürfe sind absurd und entbehren jeder Grundlage. Fordere den türkischen Justizminister mit unserer Postkarte auf, die Menschenrechtsverteidiger*innen freizulassen.

amnesty.at/jetzt-handeln

Venezuela: Zeige Solidarität mit Leopoldo López

Nachdem der Oppositionsführer Leopoldo López eine regierungskritische Demonstration organisiert hatte, wurde er wegen Anstiftung zu einer Straftat, Brandstiftung und Sachbeschädigung zu 13 Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Das war vor über drei Jahren. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wurden bis heute nicht angemessen begründet. Im Frühling 2017 befand er sich für 35 Tage rechtswidrig in Einzelhaft, im Juli wurde er schließlich aus gesundheitlichen Gründen in „Hausarrest“ verlegt. Zeige ihm mit dieser Postkarte, dass er nicht alleine ist und wir uns weiterhin für seine bedingungslose Freilassung einsetzen.

amnesty.at/jetzt-handeln

#FreeRightsDefenders



© Amnesty International / Richard Burton

Freiheit für Leopoldo



© privat



FIGHTING BAD GUYS!

Dein Job als Fundraiser*in für die größte Menschenrechtsorganisation!

So geht's: Du kümmerst dich darum, dass wir mehr Unterstützer*innen bekommen, wir kümmern uns um dich: Wir stellen dich an, versichern dich, bezahlen dich gut und sorgen dafür, dass dir die Arbeit Spaß macht.

Gehalt bei Vollzeit:

Durchschnittlich € 2.174,- brutto monatlich plus Sonderzahlungen
(Mindestgehalt € 900,- brutto monatlich plus Sonderzahlungen)

- **Angestelltenverhältnis**
- **bezahlter Urlaub**
- **Urlaubs- & Weihnachtsgeld**
- **Flexibilität: Vollzeit-, Teilzeit- oder Ferienjob**

Jetzt bewerben! www.aiwwf.at

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

